

Bürgerinitiative Gegenwind MSH
Klosterrode
06528 Blankenheim

Landrat des Landkreises Mansfeld-Südharz
Herrn André Schröder

Klosterrode, 8.2.2025

Sehr geehrter Herr Landrat,

vielen Dank für ihre umfassende Antwort auf unsere Resolution. Sie haben sich sehr bemüht, die ideologisch gesteuerte Gesetzeslage des Bundes zu begründen. Der Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien ist eine gesetzliche Forderung, der man sich stellen muss. Zunehmend wird aber deutlich, dass der deutsche Weg in eine Sackgasse und eine nicht hinnehmbare Volksverarmung führen wird. Im Statement des Präsidenten des Bundesrechnungshofes Herrn Kay Scheller vom 07. März 2024 wird deutlich darauf hingewiesen, dass die Risiken der Energiewende für unseren Wohlstand sehr groß sind und die Bezahlbarkeit der Stromversorgung gefährdet ist. Allein der Ausbau der Stromnetze erfordert Investitionen von mehr als 460 Mrd. Euro bis 2045. Es wird für den normalen Bürger kaum noch bezahlbare Strompreise geben. Ein wirtschaftlicher Nutzeffekt ist aus unserer Sicht nicht ersichtlich. Wird aber aus dem Betrieb der WEA, nach unserer Information, zu fast 80 % von ausländischen Firmen abgegriffen. Ein erster Platz im Windkraftausbau macht den bedauernswerten 400. Platz im Zukunftsatlas Deutschlands auch nicht erträglicher.

Der weitere Ausbau mit Windenergieanlagen wird die in der MZ vom 06.02.2025 veröffentlichten Zahlen für 2024 nicht verbessern. An 225 Tagen gab es Netzeingriffe in Mitteldeutschland. Die Mitnetz teilt mit, dass 1.237 Mal ins Netz eingegriffen werden musste und vor allem in Sachsen-Anhalt viele Abschaltungen durchgeführt wurden.

Inzwischen ist vollkommen klar, dass ein weiterer Ausbau der WEA nicht zur Verbesserung der Versorgungssituation führen wird. Die Energiespitzen werden verstärkt und die Zeiten der Unterversorgung werden bleiben. Skandinavien, Tschechien, Polen und Frankreich weigern sich zunehmend die Überproduktion abzapfen. Wie bereits festgestellt, kommt es immer häufiger zu Abschaltungen. Der Aufwand der Regulierung zwischen Spitzen und Unterversorgung ist nur noch von einem kaum bezahlbaren hohen technischen Aufwand zu meistern- der ebenfalls neu zu schaffen ist.

Wir möchten trotzdem nochmal auf unsere Problemauflistung vom 11.12.2024 eingehen. Neben dem zunehmenden Widerstand der Bevölkerung muss man feststellen, dass die WEA die Umwelt und Natur zerstören. Die Gewährleistung einer möglichst geringen Belastung der Umwelt kann durch die Bundesregierung nicht erfolgen. Die Umweltschäden sind sehr konkret. Die Rotoren der WEA sind aus Glas- und Karbonfasern, die mit Bisphenol-A- haltigem Epoxidharz verklebt werden. Diese Materialien unterliegen dem Kavitationsfraß und sind lungengängig krebserregend. So auch festgestellt durch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages 12/20 (Drucksache WD 8377/20) Studie Fraunhofer Institutes. (Vor der Zeit der unsäglichen Ampelregierung konnte noch ehrlich berichtet werden.) Damit wird unsere Nahrung, Tierfutter und jedes Lebewesen toxischen Ewigkeitschemikalien in Nanogröße ausgesetzt. Jährlich kommen pro WEA zwischen 50 und 90 kg Partikel aus dem Kavitationsfraß in die Umwelt und werden im Umkreis von 10 km verteilt. Von allen WEA zusammengerechnet kommt es auf weit über 1.500 Tonnen im Jahr.

Für die Behebung der Verseuchung des Bodens und die daraus folgende, unvermeidliche Verschmutzung des Grundwassers, gibt es noch keine technischen Möglichkeiten. Unsere Äcker sind dann nichts mehr wert!

Weiterhin kommt es im Umfeld der WEA zur Austrocknung des Bodens. Die Probleme des Klimawandels werden im Umfeld der WEA verstärkt. Der Dürremonitor des Helmholtz-Instituts zeigt einen deutlichen Zusammenhang mit den Standorten der WEA.

Verwirbelungen und damit eine überdimensionale Erwärmung hinter dem Rotor (Rotieren der Luftströmung = Wirbelschlepe); Vibrationen werden in den Boden gebracht und setzen Elemente frei, die bisher gebunden waren (Infravibration); das Problem des Infraschalls ist zwischenzeitlich gut untersucht und der schädliche Einfluss auf alle biologischen Lebewesen zweifelsfrei bewiesen. Leider wurden nach und nach Dokumentationen (wie z.B.

https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/alb/missbildungen_und_tieffrequenter-laerm-2344637.html) im Auftrag der Regierung entfernt.

Sehr geehrter Herr Schröder, Sie und auch wir haben eine Sorgfaltspflicht gegenüber den hier im Landkreis lebenden Menschen und Tieren. Dazu gehört die Erhaltung der Biodiversität (genetische Vielfalt, Artenvielfalt und Ökosystemvielfalt).

Wir möchten Sie und vielleicht auch im Beisein der Planenden für unseren Landkreis, um einen Gesprächstermin bitten, um die Situation und die Auswirkungen einer weiteren Zunahme von WEA und die damit einhergehende landschaftliche Zerstörung zu diskutieren.

Ein weiterer Ausbau von Windenergieanlagen wird zu keiner wirtschaftlichen Verbesserung im Landkreis führen!

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag der BI Gegenwind MSH

Lutz Döling

Konrad Meurer